SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 23. MÄRZ 2022

Foto: Bremische Bürgerschaft

ANTRAG BREMEN FÜHRT FAMILIENCARD FÜR ALLE UNTER 18 JAHREN EIN

Alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren erhalten in diesem und im kommenden Jahr eine Karte mit 60 Euro Guthaben, das für Freizeitangebote genutzt werden kann. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion heute beschlossen. „Wir tun das, weil Kinder und Jugendliche nach wie vor von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen sind. Mit der Familiencard ermöglichen wir ihnen ein Stück Normalität, gesellschaftliche Teilhabe und kompensieren damit auch ‚entgangene Freuden'", betonte Birgitt Pfeiffer, familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Wir alle wissen: Kinder und Jugendliche haben während der Pandemie in besonderer Weise Einschränkungen erlebt", sagte Pfeiffer in ihrer Rede. Ihnen sei zum Schutz Älterer und vulnerabler Gruppen eine Menge zugemutet worden. „Sie mussten, ob durch Kita- und Schulschließungen oder Quarantänen, Wochen und Monate zuhause bleiben. Soziale und kulturelle Teilhabe waren lange nicht oder nur eingeschränkt möglich. Und all das ist dann besonders schwierig zu verkraften, wenn zu den eigenen vier Wände kein Garten gehört oder die Wohnung eher klein ist."

Pfeiffer weiter: „Es ist daher gut und richtig, dass sich die Koalition mit der Einführung einer FamilienCard zu einem großen Schritt entschlossen hat. Es ist richtig, damit eine Verbeugung zu machen vor der Leistung, die Kinder und Jugendliche erbringen mussten." Die 60 Euro, die pro Jahr als Guthaben zur Verfügung stehen, können für jugendgerechte Zwecke genutzt werden. Das können die Stadtbibliothek, Museen, Theater oder die Bäder ebenso sein wie kommerzielle Anbieter von zum Beispiel Kinos, Minigolfanlagen, Abenteuer- und Erlebniswelten.

Pfeiffer betonte, es sei eine bewusste Entscheidung gewesen, dass alle Kinder und Jugendlichen die FamilienCard erhalten sollen. Zum einen, weil auch alle die Einschränkungen der vergangenen beiden Jahre erleiden mussten. Zum anderen, damit kein Diskriminierungsbestandteil geschaffen wird. „Niemand wird an der Kasse befangen sein müssen oder sich gar schämen, eine Karte vorzulegen, während andere bar bezahlen", so Pfeiffer.

Klar sei, dass Angebote in den jeweiligen Stadtteilen benötigt werden, betonte Pfeiffer. Dass die Umsetzung nun mit einem ehrgeizigen Zeitplan versehen werde, sei aber ein richtiges Vorgehen. Dabei sei die Umsetzung keineswegs trivial, da es eine FamilienCard, wie sie Bremen nun einführt – also für alle Kinder und nicht nur an bestimmte soziale Gruppen gerichtet und unter Einbeziehung auch kommerzieller Anbieter –, in Deutschland noch nicht gebe. Sie sei daher froh, dass das Rathaus sich bereit erklärt habe, die Umsetzung in die Hand zu nehmen, auch wenn alle Ressorts hier in der Pflicht seien.

„Wir alle wissen, dass umfassende gesellschaftliche Teilhabe nicht mit einer FamilienCard allein zu lösen ist", so Pfeiffer abschließend. „Aber sie ist ein Dankeschön, ein Stück Aufmerksamkeit und ein bisschen auch der Versuch, das, was Kindern und Juegendlichen in den vergangen zwei Jahren entgangen ist, wenigstens ein Stück weit wieder gut zu machen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger."

>Antrag: Einführung einer Bremer „FamilienCard" – Kindern und Jugendlichen in Pandemiezeiten etwas zurückgeben
http://bit.ly/familiencard

Impressum:

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen Wachtstraße 27/29 28195 Bremen **T.** 0421.336770 / **F.** 0421.321120 **spd-fraktion@spd-bremen.de**

V.i.S.d.P.: Andreas Reißig

Redaktion: Matthias Lüdecke, Phillip Wauter, Paul-Jonas Kamp

ANTRAG BÜRGERSCHAFT VERURTEILT KRIEG IN DER UKRAINE SCHARF

„Russland führt einen Angriffskrieg in der Ukraine. Einen Krieg! Das müssen wir umso deutlicher aussprechen, weil dies in Russland unter Androhung drakonischer Strafen verboten ist“, betonte die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. Das Parlament beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem dieser Krieg aufs Schärfste verurteilt wird und der die Konsequenzen nennt, die nun gezogen werden müssen.

„Das, was wir heute erleben, hätten wir uns vor einem Monat nicht mal in unseren schlimmsten Träumen ausmalen können“ so Grotheer weiter. „Täglich sterben in der Ukraine Menschen – Frauen, Kinder, Männer. Städte werden bombardiert. Menschen sind auf der Flucht. Russland tritt das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen sowie das humanitäre Völkerrecht mit Füßen und kündigt die konstruktive Zusammenarbeit mit der Völkergemeinschaft auf. Es ist ein Albtraum, der Wirklichkeit geworden ist – nur ein paar hundert Kilometer von hier.“

Grotheer zeigte sich überzeugt: „Wir müssen uns damit auseinandersetzen, was dort geschieht, und wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Deshalb bin ich froh, dass es uns in der Koalition gelungen ist, einen so weitreichenden Antrag zu entwerfen.“ Darin sei benannt, was nun geschehen müsse, und was direkt oder indirekt beeinflusst werden könne – auf Ebene des Landes, des Bundes oder Europas.

Grotheer nannte etwa die Aufnahme Geflüchteter und richtete Dank an die vielen ehrenamtlichen Helfer:innen. Zugleich hob sie hervor, dass die EU hier erstmals Regelungen getroffen habe, nach denen Geflüchtete sich für einen Übergangszeitraum in einem Land ihrer Wahl aufhalten dürften, ohne Asyl beantragen zu müssen. Einen „Quantensprung in der Geschichte einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik“ nannte Grotheer dies, dessen Lehren hoffentlich auch künftig beherzigt würden.

Auch außenpolitisch habe die EU in dieser Krise ihre Leistungsfähigkeit gezeigt. „Dass die Demokratien in Europa sich in einer solchen Situation ihrer Haut wehren, dass sie sich zusammentun und in wenigen Tagen harte und effektive Sanktionspakete schnüren – das hätte Putin nicht für möglich gehalten“, sagte die Sozialdemokratin.

Sie benannte in ihrer Rede auch die Aufgaben, vor denen Deutschland nun stehe und die im heute verabschiedeten Antrag ebenfalls klar benannt seien. So nannte sie etwa die Energiewende, die spätestens jetzt kraftvoll angegangen werden müsse – nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern eben auch im Interesse der eigenen geopolitischen Handlungsfähigkeit. Sie nannte aber auch die Notwendigkeit, sich in Bereichen wie Energie, Cybersicherheit aber auch im Bereich Verteidigung anders aufzustellen, um in künftigen Krisen resilient und strategisch agieren zu können.

Antje Grotheer

Grotheer erinnerte in ihrer Rede zudem daran, dass auch viele Russ:innen vor dem „System Putin“ flöhen und auch viele Russ:innen sich in Bremen den Protesten gegen den Krieg anschlössen. „Genau das“, so die Sozialdemokratin, „sollte uns daran erinnern, dass wir Menschen als Menschen wahrnehmen müssen, und nicht als Nationalitäten, und dass dieser Krieg von Putin zu verantworten ist und nicht vom russischen Volk.“

Grotheer abschließend: „Den Ukrainer:innen können wir in diesen Tagen helfen, indem wir einerseits ihre Selbstverteidigung unterstützen und andererseits gleichzeitig ihre Zukunft bewahren – vor allem ihre Kinder, die sie zu uns in Sicherheit gebracht haben. Dafür nehmen wir gemeinsam alles uns Mögliche in die Hand, für die Sicherheit und Zukunft der nächsten Generation.“

>Antrag: Solidarität mit der Ukraine – in Bremen, Deutschland und Europa
http://bit.ly/solidaritaet_ukraine

ANTRAG DISKRIMINIERUNG VON KINDERN BEIM IMPFSTATUS BEENDEN!

„Die aktuell auf Bundesebene vorliegenden Regelungen zum Impf- und Genesenenstatus führen zu einer strukturellen Diskriminierung von Kindern unter 12 Jahren“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. Das Parlament beschloss daher einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der dies ändern soll.

Der Senat soll sich, so fordert es der Antrag, auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Kinder unter 12 Jahren vollständig geimpften Personen gleichgestellt werden. Hintergrund sind dabei die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (Stiko) und des Robert-Koch-Instituts, die nach wie vor keine Impfung für Kinder unter 12 Jahren ohne Vorerkrankung vorsehen und sich explizit gegen eine Impfung für genesene Kinder aussprechen. Denn genesene Kinder sind nach aktuellen Erkenntnissen auch ohne Impfung lange vor weiteren Infektionen geschützt.

Ute Reimers-Bruns

„Auf Bundesebene wird bei den Regelungen sowohl zum Impf- als auch zum Genesenenstatus nach wie vor aber nicht zwischen Kindern und Erwachsenen differenziert, sofern es darum geht, wann eine Person gesetzlich als vollständig geimpft gilt, obwohl hierbei für Kinder aus wissenschaftlichen Erkenntnissen andere Regelungen Anwendung finden müssen als für Erwachsene“, erklärte Reimers-Bruns. Das führe dazu, dass Kinder nach drei Monaten ihren Genesenenstatus verlören und nicht durch eine Impfung ihren Status zurückerlangen könnten. Mit Folgen, denn so könnten sie an Angeboten der Kindertagesbetreuung mitunter nicht mehr teilnehmen. „Auch wenn wir jetzt diese Benachteiligung durch unseren neue Quarantäneregelungen aufgehoben haben, sollten wir diese strukturelle Diskriminierung auf Bundesebene versuchen zu beseitigen“, so Reimers-Bruns abschließend.

ANTRAG BALKONSOLARANLAGEN: FÜR EINE ENERGIEWENDE FÜR ALLE

Bremen will bis 2038 seine Treibhausgasemission um 95 Prozent reduzieren. Dies erfordert jedoch eine komplette Umstrukturierung der Energieversorgung und -nutzung. Ein wichtiger Baustein ist dabei der Ausbau der Energiekapazität, die aus Solarenergie gewonnen werden kann. Um diesen Ausbau weiter voranzutreiben, hat die Bürgerschaft heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der vorsieht, den Zugang zu sogenannten Balkonsolaranlagen zu erleichtern.

„Mit einer solchen Balkonsolaranlage kann jede:r Bürger:in einen aktiven Beitrag zur Energiewende leisten“, verdeutlichte der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, heute am Rande der Bürgerschaft. „Bislang richtete sich der Solarausbau im privaten Bereich eher an besser situierte Menschen, die es sich leisten konnten, eine Photovoltaik-Anlage auf das eigene Dach zu stellen“.

Mit dem heute beschlossenen Antrag solle sich dies nun ändern. Er sieht vor, dass der Zugang zu Balkonsolaranlagen niedrigschwellig möglich gemacht werden soll. In Kombination mit Energiesparberatungen solle ein Pilotprogramm zur Bezuschussung der Anschaffung von Balkonsolaranlagen für Mieter:innen, insbesondere für Sozialleistungs- und Wohngeldempfänger:innen, aufgelegt werden, heißt es unter anderem in dem Antrag. „Wir wissen: Da, wo es an Geld mangelt, müssen wir finanziell unterstützen“, so Gottschalk. „Aber wir wollen bei der Energiewende alle dabeihaben – und daher müssen wir dafür sorgen, dass es einfache Möglichkeiten gibt, mitzumachen.“

Antrag: Energiewende für alle – Balkonsolaranlagen fördern!
http://bit.ly/balkonsolaranlagen

ANTRAG EINRICHTUNG EINES STAATLICHEN KLIMA-AUSSCHUSSES

In ihrer Sitzung im Februar 2022 hat die Bremische Bürgerschaft den Endbericht der Klimaschutz-Enquetekommission offiziell zur Kenntnis genommen. Zur Erinnerung: Die Enquetekommission hatte sich über mehrere Monate mit der Erstellung einer Klimaschutzstrategie für das Land Bremen befasst. Demnach kann und will Bremen bis 2038 seinen CO_2-Ausstoß um 95 Prozent verringern.

Da diese Aufgabe mehr Marathon als Sprint ist, hat die Bremische Bürgerschaft heute der Einsetzung eines staatlichen Klimaausschusses zugestimmt. „Hiermit setzen wir direkt eine Empfehlung aus der Klima-Enquetekommission um“, resümierte Arno Gottschalk, Sprecher für Klima und Umwelt der SPD-Fraktion, während seiner Rede. „Der übergreifende Ansatz der Maßnahmen ist das, was uns dazu gebracht hat, einen solchen Ausschuss zur Kontrolle der Umsetzung einzurichten.“

Dem Ausschuss werden in dieser Legislaturperiode die Sozialdemokrat:innen Janina Strelow, Ute Reimers-Bruns, Carsten Sieling und Arno Gottschalk angehören. Sie hatten die SPD-Fraktion bereits zuvor in der Klimaschutz-Enquetekommission vertreten.